

---

# Die Europäische Union vor der Einführung des Euro

Ludwig Watzal

---

In keinem Land Europas ist es so schwer wie in Deutschland, eine Debatte über den Sinn der gemeinsamen europäischen Währung zu entfachen. Der überwiegende Teil der Vertreter der Wirtschaftswissenschaften tritt für eine Verschiebung des Euro ein. Eine Minderheit jedoch hat kürzlich eine euphorische und unkritische Erklärung für die sofortige Einführung der Einheitswährung abgegeben. Die politische Klasse und hier insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl mitsamt seiner Partei CDU versucht mit allen Mitteln, eine Debatte abzuwürgen. Ganz anders in Frankreich, Italien und Großbritannien: Dort findet unter Beteiligung der politischen Eliten eine intensive Diskussion um den Euro statt. Auch in Deutschland regt sich Unmut jenseits des Einflußbereiches von Kanzler Kohl. Schon haben einige Ministerpräsidenten wie Gerhard Schröder, Edmund Stoiber oder Kurt Biedenkopf eine Verschiebung der Einheitswährung verlangt. Fiel noch vor einigen Wochen die politische Klasse unisono über Schröder und Stoiber her, als diese die Idee einer Verschiebung ventilierten, so scheint die Fronde der Euro-Euphoriker unter den Ministerpräsidenten abzubrockeln.

Der Vorwurf der Euro-Enthusiasten lautet, daß man über ein so sensibles Thema nicht rede. Selbst Bundespräsident Roman Herzog hat in einem Interview mit der Wochenzeitung »Die Woche« ein Diskussionsverbot über den Euro für den Wahlkampf 1998 verlangt. Ein wohl einmaliger Vorgang in einer Demokratie; geht es doch hier um ein existentielles Thema deutscher Politik. Die Aufregung über dieses vordemokratische Verständnis hielt sich in sehr engen Grenzen. Gerade ein Bundespräsident hätte die Aufgabe, von den Politikern Redlichkeit und Offenheit gegenüber dem Souverän einzufordern und sich nicht als Oberlehrer in Sachen Euro zu profilieren. Obwohl konstant 75 Prozent der Deutschen gegen die Einheitswährung sind, spiegelt sich diese Sorge in der Führungsschicht und der politischen Vertretung des Landes nicht wider. Jeder, der seriöse Kritik am Euro-Projekt äußert, wird in die rechte Ecke des politischen Spektrums gerückt, obwohl dies damit nichts zu tun hat. Der deutschen Debatte ist eine gewisse Hysterie, wie dies generell bei politischen Debatten in Deutschland zu beobachten ist, nicht abzusprechen. Eine solche Haltung

ist natürlich unpolitisch und gibt immer wieder zu berechtigten Sorgen über die Deutschen im Ausland Anlaß.

Der Euro wird das letzte große Gemeinschaftswerk der EU sein, bevor sie in einigen Jahren auseinanderbricht. Die Einführung einer Einheitswährung wird Europa nicht einigen, sondern spalten, da sie den Kontinent in reiche und arme Länder teilen wird. Wer die weitere Integration Europas will, muß hoffen, daß die Währungsunion scheitert. War der Maastricht-Vertrag schon ein Dokument der Spaltung Europas und ein politischer Anachronismus bei seinem Abschluß, so soll die Abschottungspolitik mit dem Euro ihre Krönung erhalten. Der Beitritt der osteuropäischen Staaten ist damit *ad calendas graecas* vertagt. Die Einheitswährung wird die reichen Länder in den Ruin führen, und den armen Ländern wird dies nur unwesentlich nützen. Anstatt auf die Konkurrenz der Währungen zu setzen, sozialisiert man sie. Anstatt der Konkurrenz der Zentralbanken das Wort zu reden, wird die Geldverfassung monopolisiert. Ohne eine politische Union wird die Währungsunion nicht von Dauer sein, da man das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt hat. Von der Einführung des Euro profitieren alle Länder außer Deutschland. Daß die Währungsunion der Preis Deutschlands für seine Wiedervereinigung sein soll, wird nun auch von seriösen ausländischen Politikern geäußert.<sup>1</sup> Bei einem EG-Sondergipfel im Pariser Elysee-Palast habe Bundeskanzler Helmut Kohl seine Kollegen angefleht, daß man sich doch positiv zur Wiedervereinigung äußern solle, da er doch wohl schwerlich mit europäischen Bedenken vor das deutsche Volk treten könne, so de Michelis. Der italienische Ministerpräsident Gulio Andreotti habe sich dann vehement für die deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen, woraufhin seine Kollegen zugestimmt hätten. Als Preis müsse Deutschland aber seine Währung opfern, was es dann bei den 2+4-Verhandlungen auch tat.

---

#### Kaufkraftverlust durch den Euro

---

Mit dem Euro wird den Mitgliedsstaaten nicht nur erstmalig in der Geschichte eine Kunstwährung bürokratisch verordnet, sondern mit dieser Währung geht auch eine Währungsreform *sui generis* einher, obwohl die Politiker dies permanent leugnen. Es wird zu einem Kaufkraftverlust von zirka 35 Prozent kommen. Bei dieser Art der Währungsreform wird zudem gutes durch schlechtes Geld ersetzt. So hat z.B. die italienische Lira in den letzten 50 Jahren fast 95 Prozent ihres Wertes eingebüßt. Die Schulden aller Staaten werden über Nacht Euroschulden, wie die fiktiven Schulden der ehemaligen DDR über Nacht Realschulden geworden sind, obwohl die Währung der DDR keine Währung war, sondern nur ein Bezugscheinsystem für knappe Konsumgüter. Somit ist dem Argument der Ostdeutschen, man habe sich nicht über 40 Jahre nach der D-Mark geseht, um sie schon nach einigen Jahren wieder für etwas Ungewisses zu opfern, einige Plausibilität abzugewinnen. Obgleich die deutschen Staatsfinanzen total zerrüttet und noch auf Jahrzehnte hinaus milliarden-schwere Transferzahlungen (150–200 Mrd. DM) in die neuen Bundesländer nötig sind, will sich die deutsche Regierung weitere Transferleistungen in den europäischen Süden aufbürden. Das Stichwort wird sein: Angleichung der Lebensverhältnisse. Die EU kostet Deutschland heute schon jährlich netto 50 Mrd. D-Mark. Obwohl die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung auf der Wohlstandsskala in Europa weit zurückgefallen ist, zahlt sie trotzdem zirka 70 Prozent des EU-Haushal-

tes. Nach Berechnungen von Finanzexperten wie Hans-Werner Sinn wird Deutschland der Euro 90 Mrd. DM kosten. Nach Eckkehard Wenger werden sich die Kosten sogar auf 150 Mrd. DM belaufen. An der Zahlmeisterrolle Deutschlands darf keine Kritik geübt werden. Dies gilt als unfein und antieuropäisch. Was dies mit Antieuropäismus zu tun hat, bleibt das Geheimnis der Maastricht-Protagonisten.

Stimmen aus dem europäischen Ausland werden in Deutschland in neudeutscher Manier ignoriert. Insbesondere aus Großbritannien und Frankreich kommt heutige Kritik am deutschen Verhalten. Deutschland wolle Europa dominieren, so ein unberechtigter Vorwurf. Der deutschen politischen Klasse steht der Sinn nicht nach Dominanz anderer Länder, sondern nach der Aufgabe eigener neu gewonnener Verantwortlichkeiten. In den letzten vierzig Jahren hat es die politische Elite in Deutschland verlernt, politisch verantwortlich zu handeln. Diese Tradition will man auch im Maastricht-Zeitalter fortsetzen, indem zentrale Kompetenzen an die Brüsseler Bürokratie übertragen werden sollen. Kanzler Kohls Rede an der Universität von Löwen/Belgien, in der er die Fortsetzung der europäischen Integration zu einer Frage von Krieg und Frieden hochstilisiert hat, hat nicht nur zu heftigen Reaktionen im europäischen Ausland geführt, sondern auch völliges Unverständnis und neues Mißtrauen hervorgerufen, da man die freiwillige Selbstaufgabe der Deutschen nicht verstehen kann. Die Message der Kohl-Rede war: »Uns Deutschen ist nicht zu trauen. Also bitte, meine europäischen Freunde, fesselt uns; bindet uns wirtschaftlich an euch, damit wir uns nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln können.«<sup>2</sup> Wenn Frederick Forsyth den Deutschen unterstellt, über die Einheitswährung die anderen europäischen Staaten kontrollieren zu wollen, so muß dem widersprochen werden, da dies nicht der Fall sein wird, weil Deutschland in der Europäischen Zentralbank nur noch eine Stimme haben wird. Von Hegemonie kann also gar keine Rede sein. Völlig unverständlich für die politische Klasse in Deutschland fleht Forsyth die Deutschen an: »Kehren Sie wieder auf den alten Weg zurück, Herr Kanzler. Die Deutschen sollen wieder Deutsche sein, nicht Zahlmeister der Schulden halb Europas für Ihr Streben nach dem Bismarckschen Traum. Wir Briten sind hier, wir warten. Wir wollen Ihre Freunde, Partner, Mitarbeiter sein; aber nicht Ihre wirtschaftlichen Untertanen. Ist das so schlimm? Ist das deutschfeindlich?« Man möchte sagen, natürlich nicht Herr Forsyth, aber die Deutschen wollen von ihrer Seelenlage her gerade die Zahlmeister Europas sein. Obwohl Forsyth sich als Deutschlandkenner darstellt, scheint er von der deutschen Bewußtseinslage wenig begriffen zu haben.

---

#### Schlechtes Zeugnis für die Deutschen

---

Der *Daily Telegraph*-Korrespondent Andrew Gimson<sup>3</sup> hat den Deutschen ein schlechtes Zeugnis in Sachen Demokratie ausgestellt, womit er durchaus Recht hat. Mit der Überschrift »Kohl ist ein Lügner« fährt er schweres Geschütz auf. So werde Deutschland von einer Elite regiert, die sich selbst für demokratisch halte und die sich vom deutschen Volk abgeschottet habe. Die politische Klasse habe das Volk durch eine expandierende Sozialpolitik zum Schweigen gebracht und eine Europapolitik entwickelt, vor der sich die meisten Deutschen fürchten. Völliges Unverständnis äußert Gimson darüber, daß in Bonn kein Politiker für den Erhalt der Deutschen Mark eintritt, immerhin die zweitwichtigste Reservewährung nach dem US-Dollar.

Genüßlich listet der Autor Kohls politische Irrtümer auf, die ihn zu dem Fazit kommen lassen, daß der Kanzler ein Lügner sei. So habe Kohl auf wirtschaftliche Fragen immer nur politische Antworten gegeben. Er will die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 von vier auf zwei Millionen reduzieren, worüber alle Ökonomen nur den Kopf schütteln. Kohl versichert weiter, daß Deutschland die Maastricht-Kriterien 1999 erfüllen und das Haushaltsdefizit unter drei Prozent drücken werde, doch gibt es keinen Ökonomen, der dies für realistisch hält. Wenn das ganze Maastricht-Kriterien-Gebäude 1999 noch nicht zusammengebrochen sein wird, wird Kanzler Kohl den Deutschen versichern, daß alles in Ordnung sei, und die obrigkeitsstaatlichen Deutschen werden es untertanenhaft akzeptieren. Wenn die Deutschen entdecken werden, daß ihre Ersparnisse entwertet worden sind, wird es zu spät sein. Gimson untermauert seine Lügen-These weiter mit Kohls Fehleinschätzung der deutsch-deutschen Währungsunion. Sie ist finanzpolitisch gesehen ein Desaster. Alle Kohlschen Voraussagen haben sich als falsch erwiesen. Kohl redet über den Euro ebenso ahnungslos und erwartet von ihm mehr Arbeitsplätze, und übrigens sei der Weg wieder einmal wunderbar und schmerzfrei! Die »blühenden Landschaften« à la neue Bundesländer lassen grüßen. Die Londoner Times schrieb im Dezember 1996 nach dem Dubliner EU-Gipfel, »daß eine Einheitswährung auf der Basis einer grundlegenden Täuschung des deutschen Volkes und der Finanzmärkte Europa Wohlstand und Stabilität bringen könnte«. Nur ein ökonomisch völlig Unbedarfter wie der Bundeskanzler kann so etwas glauben. Auch die ehemalige englische Premierministerin Thatcher kritisierte im Zusammenhang mit einem ökonomischen Hilfsprogramm für Gorbatschow Helmut Kohls Mangel an wirtschaftlichem Sachverstand. Von deutscher Seite bestehen also berechtigte Zweifel ans Kohls Aussagen über die Stabilität des Euro.

---

### Vorteile der Währungsunion

---

Was sind nun die Vor- und Nachteile einer Währungsunion? Die Währungsunion ist eine rein politische Entscheidung und hat mit wirtschaftlicher Notwendigkeit nichts zu tun. Sie greift viel gravierender in das Leben der Menschen ein als die Zollunion oder der europäische Binnenmarkt. Wenn der Binnenmarkt den Euro verlange, wie jetzt behauptet wird, warum hat dann der Binnenmarkt seit 1992 auch ohne Euro so gut funktioniert? Die Akteure bei einer Währungsunion sind die Politiker und die Zentralbanken. Die Politiker werden nicht müde, die Vorteile der Einführung des Euro zu preisen. Im einzelnen sollen dies sein:

1. Der europäische Vereinigungsprozeß soll dadurch eine Vertiefung und Bestätigung erfahren. Da das ganze Projekt auf der Täuschung der Öffentlichkeit beruht, wird sich langfristig das Gegenteil einstellen, nämlich der Zusammenbruch der EU. Oder es wird zu Nationalismus kommen, den man ja mit der Währungsunion auszutreiben gedenkt.

2. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der europäischen Völker soll durch die gemeinsame Währung gestärkt werden, was sehr fraglich ist. Eher verbindet Kultur als Geld.

3. Die Stabilität der Gemeinschaftswährung soll stabiler sein als die nationalen Währungen. Garant für diese Stabilität soll die Europäische Zentralbank sein. Sie wird aber unter Beschuß jener Staaten und Völker kommen, denen es unter der

Einheitswährung nicht so gut geht. Sie wird unter größeren politischen Druck geraten, als es die Bundesbank jemals war. Insbesondere Frankreichs Präsidenten Mitterrand und Chirac haben immer wieder öffentlich betont, daß die Bankenvertreter den Willen des EU-Regierungschefs erfüllen müssen. Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit läßt sich dies leicht beschließen.

4. Währungsturbulenzen und Wechselkurspekulationen sollen der Vergangenheit angehören.

5. In Europa entsteht ein starker Währungsblock, der dem US-amerikanischen und dem japanischen ebenbürtig sein soll. Der Vergleich der Euro-Währung mit der US-Währung hinkt jedoch, weil es in den US-Bundesstaaten seit 1791 keine souveräne Fiskalpolitik mehr gegeben hat.

6. Die sogenannten Transaktionskosten beim Währungsumtausch entfallen bei einer Gemeinschaftswährung. Diese Ersparnisse von zirka 20 bis 30 Mrd. D-Mark sollen Arbeitsplätze schaffen. Aber schon ein Prozent Inflation macht diese »Ersparnisse« wieder zunichte. Über die Kosten der Umstellung, insbesondere für den Einzelhandel, redet niemand.

7. Man erhofft sich einen Wachstumsschub im innergemeinschaftlichen Handel und beim Austausch von Dienstleistungen.

8. Ein besserer Preisvergleich schaffe Vorteile für den Verbraucher.

9. Die Unternehmen und die Gewerkschaften werden die Konkurrenz aus den anderen Ländern zu spüren bekommen und somit Preis- und Lohndisziplin üben. Den Gewerkschaften sei gesagt, daß der Sozialabbau nach Einführung des Euro erst richtig anfängt.

10. Die Einhaltung der Stabilitätskriterien hat bisher disziplinierend auf die Staatshaushalte der Länder gewirkt. Selbst bei den Staaten, die die Stabilitätskriterien nicht im ersten Anlauf erfüllen, sind auch in Zukunft weitere Anstrengungen zur Inflationsbekämpfung und zum Abbau der Staatsverschuldung zu erwarten. Hoffentlich spielt dabei das Volk in den einzelnen Ländern weiter mit!

11. Die Gefahr, daß sich einzelne EU-Mitglieder durch Abwertungen Handelsvorteile verschaffen, ist ausgeschlossen.

12. Der Integrationsprozeß soll durch die Währungsunion unumkehrbar gemacht werden. Hoffentlich erweist sich nicht der Euro als Sprengsatz der EU, wie einige Experten vermuten.

---

### Nachteile und Risiken

---

Gegenüber diesen Vorteilen sind die Risiken und Probleme der Europäischen Währungsunion unübersehbar. Im einzelnen sind dies:

1. Die Währungsunion ist nicht in eine politische Union eingebettet. Dieser Konstruktionsfehler des Maastricht-Vertrages wird noch zu erheblichen Schwierigkeiten in den Beziehungen der EU-Staaten führen. Kanzler Kohl konnte sich mit seiner Idee einer politischen Union nicht durchsetzen, da die anderen keinerlei wirkliche politische Kompetenzen abgeben wollen. Es ging ihnen von Anfang an nur um die Liquidierung der D-Mark, was der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors wiederholt geäußert hat. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß es so gut wie keinen Fortschritt mehr in der EU gibt. An die Übertragung von substantiellen

Souveränitätsrechten ist gar nicht zu denken. Wenn Deutschland seine D-Mark geopfert haben wird, wird dies schnell sichtbar werden.

2. Nur ein geringer Teil der Staaten wird am Stichtag 1998 die Stabilitätskriterien erfüllen. Luxemburg erfüllt sie als einziges Land. Alle anderen bleiben außen vor, so die idealtypische Absicht. Dadurch droht der EU die Spaltung in A- und B-Länder. Da auch Deutschland die Kriterien nicht erfüllen wird bzw. versucht, sie zu manipulieren, werden am Ende bis auf Griechenland alle dabeisein. Mit welchem Recht will man dem sogenannten Club-Med den Eintritt verweigern? Spanien und Portugal haben schon angekündigt, daß sie auf keine Subventionen verzichten werden, sollten die osteuropäischen Länder beitreten.

3. Mit dem ausgehandelten Stabilitätspakt glauben insbesondere die Deutschen, daß damit die Währung langfristig stabil sein wird. Die beschlossenen Geldstrafen, wenn gegen die Haushaltsdisziplin verstoßen wird, werden nicht durchsetzbar sein, da es viele Möglichkeiten gibt, sie zu blockieren. Was hier Finanzminister Theo Waigel als Erfolg verkauft, kann man als Klein-Fritzchen-Politik bezeichnen. Wie will man eine souveräne Regierung zwingen, die im eigenen Land mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, Milliarden Strafen an die EU zu zahlen? Daß dieser Stabilitätspakt ein wirksames Instrument gegen mangelnde Haushaltsdisziplin sein würde, war schon nach Dublin 1996 klar. Der Gipfel in Amsterdam bestätigte nur die Zweifel. Für die ursprünglich angestrebten automatischen Sanktionen gegenüber den Staaten, die die Kriterien ab 1999 nicht erfüllten, gab es keine Mehrheit. Kohl wollte keinen Krach riskieren und entschied, daß die Einführung des Euro wichtiger sei als die Stabilität.

4. Die erwarteten und erhofften ökonomischen und währungsstabilisierenden Wirkungen fallen geringer aus als erwartet.

5. In Ländern mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, zu denen auch Deutschland gehört, wird es einen enormen Druck auf Löhne und Gehälter durch billigere Angebote aus anderen EU-Staaten geben. Eine starke Migrationswelle wird die Folge sein, und es wird zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern kommen, wie bereits im Baugewerbe geschehen. Wie lange sich die Bevölkerung dies bieten lassen wird, ist nur eine Frage der Zeit.

6. Eine mögliche Abwertung der Währungen der Länder, die nicht der Währungsunion angehören, müssen von den Ländern bezahlt werden, die in der Währungsunion sind. Sie können aus psychologischen und währungspolitischen Gründen den Euro nicht abwerten.

7. Für die Angleichung der Lebensverhältnisse werden sogenannte Kohäsionsfonds eingerichtet, in die überwiegend die Deutschen einzahlen müssen. Es wird zu einem Vermögenstransfer von Nord nach Süd kommen. Der Geldtheoretiker an der Universität Münster, Manfred Borchert, schätzt, daß den Deutschen die Währungsunion ebensoviel kosten wird wie die deutsche Einheit, nämlich 150 bis 200 Mrd. D-Mark an Transferzahlungen pro Jahr. Er rät der Bundesregierung, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Der ehemalige Notenbankpräsident der Schweiz, Markus Lusser, hatte sich öffentlich darüber gewundert, daß Kanzler Kohl die Deutschen über die enormen Folgekosten der Einheitswährung im Unklaren läßt. Wenn das ganze Desaster der Währungsunion sichtbar werden wird, ist Helmut Kohl schon in den historischen Olymp entrückt. Sein Nachfolger wird sich dann mit dieser desaströsen Politik auseinandersetzen müssen.

8. Ohne Tarifparteien, die bereit sind, gemeinsam die Verantwortung für die Währungsstabilität in einem einheitlichen Währungsraum zu übernehmen, kann die Währungsunion nicht funktionieren. Da es keine länderübergreifenden Gewerkschaften und Unternehmerverbände gibt, ist von den Tarifparteien keine internationalistische Verhaltensweise zu erwarten.

9. Die Akzeptanz der Einheitswährung bleibt solange fraglich, wie es keine hinreichende Identifizierung der Bevölkerungen mit der EU gibt. Davon ist man aber noch weit entfernt. Außer den professionellen Euro-Funktionären gibt es kaum jemanden, der sich zuerst als Europäer definiert.

10. Eine Währungsunion hat noch nie funktioniert, ohne daß Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem gemeinsamen Staatswesen integriert waren, das heißt, die Währungsunion hätte die Krönung der EU-Integration sein müssen. Es gibt noch nicht einmal Ansätze für eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Europa.

---

### **»Kreative Buchführung« – oder Manipulation?**

---

Bisher ist es trotz aller Beschwörungsformeln der Politiker, aufwendigen Anzeigenkampagnen und dem Stabilitätspakt nicht gelungen, das Vertrauen in den Euro zu stärken. Dies scheint auch deshalb ein sinnloses Unterfangen zu sein, weil die Bevölkerung merkt, daß es bei den Vorbereitungen für die Einheitswährung nicht mit rechten Dingen zugeht. So versuchen Länder wie Belgien, Italien, Frankreich, Spanien und nicht zuletzt der Musterknabe Deutschland, durch Finanzmanipulationen oder wie es euphemistisch heißt »Kreative Buchführung« ihre Bilanzen für das Jahr 1998 zu manipulieren, um in den begehrten Club aufgenommen zu werden.

So kaschieren zum Beispiel die Franzosen die Zinszahlungen für Staatsanleihen in den Bilanzen und kassieren bei der staatlichen Kreditbank Caisse des Depots eine außerordentliche Gewinnabführung. Dadurch sinkt das Haushaltsdefizit um rund 12 Mrd. D-Mark. Weitere 11 Mrd. leiht France Telecom. Im Gegenzug übernimmt der Staat später anfallende Pensionslasten des Unternehmens. Damit will Paris die Neuverschuldung gerade noch unter drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes drücken, dies aber nur in diesem Jahr. Danach drohen um so höhere Defizite.

Das Problem der Pensionszahlungen schwebt wie ein Damoklesschwert über den Haushalten der einzelnen Länder. So belaufen sich nach einer unveröffentlichten Studie des Internationalen Währungsfonds die Pensionsverpflichtungen in Frankreich auf 69, in Italien auf 107, in Deutschland auf 122 und in Großbritannien auf 44 Prozent des Bruttosozialproduktes. Diese Pensionsverpflichtungen wurden nicht in die Gesamtverschuldung mit eingerechnet, obwohl sie schon heute feststehen.

Auch die Belgier zeigen sich phantasievoll. Sie schreiben sich nicht nur die Goldverkäufe aus dem Jahre 1997 gut, sondern auch noch die Goldgewinne der Nationalbank aus den letzten fünf Jahren, was zirka 12 Mrd. D-Mark ausmacht. Hinzu kommen Milliarden aus Privatisierungen. Die staatliche Lotteriegesellschaft soll gleich für sieben Jahre im voraus Gewinne überweisen. Die staatliche Sparkassen-Holding muß einen zehnstelligen Vorschuß im Vorgriff auf die Privatisierung der Staatlichen Telefongesellschaft dazulegen.

Auch die Spanier manipulieren an ihrem Staatshaushalt. So verlangt ihr Finanzminister von der Wirtschaft erhöhte Steuervorauszahlungen. In den nächsten vier

Jahren sollen alle Staatsbetriebe verkauft werden. Dies soll 12 Mrd. in 1997 und nochmals 18 Mrd. in den nächsten vier Jahren bringen. Im Vorgriff auf die Verkäufe hat das Finanzministerium die Schulden der staatlichen Unternehmen gleich gestrichen. So zählen sie nicht mehr zum Staatsdefizit.

Am originellsten sind die Italiener. Eine einmalige Euro-Steuer, ein Zuschlag von 1,5 bis 3,5 Prozent auf die Lohn- und Einkommenssteuer, soll dem Staat rund 5,5 Mrd. D-Mark eintragen. Dieser Zuschlag soll aber ab 1999 wieder zurückgezahlt werden. Weitere Buchungstricks werden den Staat aber nur auf dem Papier um 12 Mrd. D-Mark »bereichern«. So wird zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 Prozent nach oben korrigiert, weil dies die Grundlage für die Neuverschuldung ist. Begründung der italienischen Regierung: Die weitverbreitete Schwarzarbeit werde in der bisherigen Statistik nirgendwo erfaßt.

Seit neuestem reden auch die Deutschen, wie das Papier von Stäuble, Glos, Seiters und Lamers zeigt, der Aufweichung der Maastricht-Kriterien das Wort, weil sie sehen, daß sie diese selber nicht einhalten können und sie mit ihrer Intransigenz alle anderen europäischen Staaten gegen sich aufgebracht haben. Den kuriosesten Vorschlag macht der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine. Er schlug vor, zwischen konjunkturgemäßer und strukturbedingter Staatsverschuldung zu unterscheiden. Man muß diese Ziffern aber erst erfinden, um sie unterscheiden zu können. Der ehemalige Finanzminister Karl Schiller hat vor einem Jahrzehnt bereits davor gewarnt, daß sich die D-Mark in einer europäischen Währung auflösen werde »wie ein Stück Zucker in einem Glas Tee«. Angesichts der inzwischen schon recht erfolgreichen Irreführung des Souveräns über die Konsequenzen der Abschaffung der D-Mark fragt man sich, wie lange die Bevölkerung dies noch hinnehmen wird.

Über die Unsinnigkeit des Euro herrscht bei fast allen Ökonomen Einigkeit. Man braucht ihn nicht. Der Euro wird keinen neuen Arbeitsplatz schaffen, sondern noch mehr Arbeitsplätze vernichten. Wenn man in einem Gebiet eine schwache Währung durch eine starke Währung ersetzt wie in Ostdeutschland, führt dies nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen, ja zu Massenarbeitslosigkeit. Ein weiteres Argument für die Einheitswährung lautet, man müsse sich zusammenschließen, um dem amerikanischen und asiatischen Wettbewerb standhalten zu können. Dies ist jedoch Unsinn. Kleine Länder mit entsprechend niedrigem Währungsvolumen, wie z.B. Singapur, Südkorea, Taiwan sind eine ökonomische Erfolgsstory par excellence. Sie sind wesentlich kleiner als die Staaten Europas. Sie benutzen aber gerade die Konkurrenz ihrer Währungen als Wettbewerbsvorteil im Globalisierungskampf. Größe allein garantiert noch nicht den Erfolg, wie der Rubel-Währungsblock zeigt. Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit zu behaupten, daß ein großer Währungsblock automatisch zu Wohlstand und mehr Arbeitsplätzen führt.

---

### Währungsumstellung oder Währungsreform?

---

Die politische Klasse in Deutschland wird nicht müde zu wiederholen, daß es sich bei der Einführung der neuen Währung nicht um eine Währungsreform handelt, sondern um eine reine Währungsumstellung. Dies ist so nicht ganz korrekt. Es wird eine Währungsreform *sui generis* geben. Das Hickhack bei den Verhandlungen um den Stabilitätspakt läßt erhebliche Zweifel aufkommen, ob außer Deutschland und Holland überhaupt noch ein anderes Land an der Stabilität der neuen Einheits-



währung interessiert ist und für dieses Ziel notfalls Opfer bringen will. Die Einführung des Euro trägt für die Inhaber von D-Mark-Guthaben alle Merkmale einer Währungsreform, wenn auch einer über einen gewissen Zeitraum gestreckten. Schon bei der ersten Umstellungsphase wird es zu einem massiven Preisschub der Euro-Preise gegenüber den bisherigen D-Mark-Preisen kommen. Die Anbieter von Dienstleistungen werden ihre Preise nicht entsprechend dem offiziellen Umrechnungskurs festsetzen, sondern vielmehr einen Risikozuschlag erheben. Dies läßt sich nicht administrativ verhindern. Die Entwertung in dieser Phase wird zwischen zehn und zwanzig Prozent liegen. Erst danach beginnen die mittel- bis langfristigen Preissteigerungen, wie sie in den meisten EU-Staaten seit vierzig Jahren zu beobachten sind, wobei die Inflationsrate in diesen Ländern deutlich über der Deutschen lag. Diese Auszehrung der privaten D-Mark-Ersparnisse durch die Fusion mit schwächeren Währungen wird auch durch den Stabilitätspakt nicht verhindert werden können.

Die Erfahrungen in der EU haben bisher gezeigt, daß automatische Sanktionen gegenüber einem anderen Mitgliedsland nicht durchsetzbar waren. Sollte es auch noch zu den von Deutschland geforderten Mehrheitsentscheidungen kommen, wird sich die Bundesrepublik immer in der Minderheitenposition wiederfinden, da kein anderes Land unsere Stabilitätsvorstellungen teilt. Italien wurde z. B. durch zu hohe Agrarexporte mit schmerzhaften Sanktionen belegt. Daraufhin blockierte Italien wie kürzlich Großbritannien die Abstimmungen so lange, bis die Strafen erlassen wurden. Als die italienische Lira vor zwei Jahren massiv fiel, zahlten die Franzosen ihren Bauern hohe Ausgleichszahlungen aus der EU-Kasse. Wie wenig der Gesetzesbuchstabe eingehalten wird, zeigt das Beispiel Lufthansa und Air France. Die Franzosen erhielten aus dem EU-Haushalt 15 Mrd. Franc, um eine Sanierung ihrer Fluglinie durchzuführen. Tatsächlich unterbietet Air France die Lufthansa-Preise mit den Subventionsgeldern und nimmt damit der deutschen Fluglinie erhebliche Marktanteile weg.

Auch die Einführung des Euro wird zu einem enormen Ressourcentransfer zu Lasten Deutschlands führen. Das Land wird einen finanziellen Verlust in Milliardenhöhe erleiden. So erleidet die Deutsche Bundesbank durch den Geldschöpfungsgewinn, der dann an die Europäische Zentralbank abgeführt werden muß, Einbußen zwischen 45 und 90 Mrd. DM, wohingegen Frankreich Gewinne zwischen 39 und 50 Mrd. DM erzielen wird, allein durch den Umverteilungsschlüssel. Die Vertreter der Bundesbank haben sich bei den Verhandlungen in diesem Punkt entweder über den Tisch ziehen lassen, oder sie haben es einfach übersehen. Wer von der Euro-Einführung profitiert, zeigt sich nun immer deutlicher: nicht der Souverän.

Die Einführung des Euro wird jedenfalls nur die Taschen der Großbanken und der multinationalen Konzerne füllen; sie sind auch vehement für die Einführung der Einheitswährung. Der Euro dient alleine den ökonomischen Interessen des Großkapitals, sonst gäbe es ihn gar nicht. Er liegt nicht im Interesse der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Steuerzahler, der Umwelt und der Entwicklungsländer. Die hohen nationalen Standards im Umweltbereich werden auf die industriefreundliche Euro-norm herunternivelliert, damit sie in die Globalisierungs- und Anpassungsstrategie der Großkonzerne passen. Nach Einführung der Einheitswährung wird es zu einem massiven Sozialabbau kommen. Das Soziale wird in der EU zu einer Residualkategorie mutieren. Neben dem Sozialabbau wird es zu massiven Lohnkürzungen in den Branchen kommen, die im Wettbewerb nicht mehr mithalten können. Man kann sich

heute schon ausmalen, was dies heißen wird: politische Radikalisierung und Schuldzuweisungen, die sich zu einem hochexplosiven Gemisch entwickeln werden. Europa wird daran zerbrechen.

Die Befürworter des Euro entwerfen vorsorglich schon einmal Horrorszenarien, falls es nicht zur Einheitswährung kommen sollte. Dies hätte verheerende Folgen für das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Warum eigentlich? Wenn die Investitionskosten nicht gesenkt werden, werden die Firmen weiterhin in Osteuropa investieren, mit oder ohne den Euro. Der europäische Binnenmarkt hat auch ohne Euro bisher hervorragend funktioniert, trotz der 15 unterschiedlichen Währungen.

Welche Rolle spielt die deutsche Linke in der Euro-Diskussion? Von einigen wenigen abgesehen, ist sie unisono dafür. Seit der Wiedervereinigung gilt für die Linke das Dogma von der Bändigung Deutschlands. Darüber hinaus befindet sich die Linke seit 1989 ff. in einem Dilemma. Ihr ist nämlich die Utopie abhanden gekommen. Folgerichtig ist Maastricht und der Euro zur letzten Utopie für die Linke geworden. Es ist schon verwunderlich, mit welchen seltsamen Koalitionspartnern sie sich einlassen muß. Das Spektrum reicht von konservativ-reaktionär bis zu ehemaligen Maoisten! Wenn alle führenden politischen Richtungen für eine Idee eintreten, muß mit der Idee etwas nicht in Ordnung sein. Die Linke fällt also als Opposition aus. Sie starrt wie die Schlange auf das Kaninchen und wartet schicksalsergeben auf das Wort von Kanzler Kohl. Wenn er sagt, der Euro kommt, dann kommt er. Ebenso fatalistisch verhält sich die deutsche Öffentlichkeit. Kohl handelt nach der Devise: Wenn die Tatsachen gegen mich sprechen, um so schlimmer für die Tatsachen. »Kohls Neugroßdeutschland ist Domina im europäischen Freudenhaus, EU-Supermacht, es will die Währungsunion, also wird es sie kriegen. Die europäische Währungsunion wird die deutsche Vormacht vermehren und vollenden; also wird es sie geben.«<sup>4</sup> Will Kohl ein europäischer Bismarck werden, wie der Schriftsteller Peter Schneider vermutet?<sup>5</sup> »Der Ruhm als Gestalter der deutschen Einheit genügt ihm nicht. Vielleicht, weil ihm die Einheit mehr zufiel, als daß er sie gestaltete, und wo er sie gestaltete, kam sie eher schlecht voran... Für den Geschichtsbuchehreiz eines einzelnen Politikers ist das europäische Problem etwas zu gewichtig und etwas zu kompliziert«, so Schneider. Kanzler Kohl will Europa mit Hilfe des Euro seine Vorstellungen von Frieden den anderen Ländern aufzwingen. Dies wird aber nur zu mehr Verdruß über die Deutschen führen, wie es in Großbritannien und Frankreich täglich hörbar ist. Wer glaubt, Europas Gegensätze würden durch die Einheitswährung verschwinden, täuscht sich; sie werden erst richtig aufbrechen. Der Euro ist keine Friedensstrategie, sondern wird die bisherigen Partner weiter auseinandertreiben, weil man zum falschen Zeitpunkt Dinge gewaltsam aneinanderbindet, die nicht zusammengehören.

Auch den innenpolitischen Fatalismus deuten die Politiker als insgeheime Zustimmung zur Einheitswährung. Dies könnte sich als gefährliche Illusion erweisen. »Die Politik hat von Anfang an die psychologische Bedeutung der DM-Abschaffung unterschätzt. Unsere Währung ist nicht nur ein Zahlungsmittel, sondern zugleich Grundlage unseres Selbstvertrauens. Die Deutschen haben wenig gemeinsame Symbole, sind nicht stolz auf ihre Geschichte, ihre Kultur, sondern auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die sich am Wert der Mark ablesen läßt«, schreibt Arnulf Baring.<sup>6</sup> Für Baring wäre es das beste, die Einheitswährung würde das Schicksal der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von 1954 ereilen. Kohl will dies aber nicht.

Wer die Bundestagsdebatte zur Ratifizierung des Maastricht-Vertrages nachliest, ist entsetzt. Wie hier mit blumigen und wolkigen Phrasen über eine zentrale Schicksalsfrage Deutschlands debattiert worden ist, muß die Frage nach der Kompetenz und dem Verantwortungsbewußtsein der Abgeordneten stellen. »Es gab wolkige Europa-Visionen auf allen Seiten, aber kaum eine Auseinandersetzung mit konkreten Perspektiven und Gefahren.«<sup>7</sup> Der Bundesfinanzminister sah mit der Währungsunion ein »Reich der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit« anbrechen. Auch von der Opposition war nichts Kritisches zu vernehmen. Nur einige wenige Abgeordnete hatten den Mut, den Vertrag abzulehnen.

Gibt es eine Alternative zur Einheitswährung? Natürlich: den Status quo auf währungspolitischen Gebiet. Nicht eine Einheitswährung ist angesagt, sondern die Konkurrenz der Währungen. Im deutschen Interesse läge es weiterhin, wenn es offen über seine Interessenlage reden würde. Daß unsere Interessen ausschließlich durch die EU befriedigt werden würden, nimmt uns sowieso keiner mehr ab. Frankreich wird nur noch bei diesem Euro-Projekt mitmachen. Danach wird es seine eigene Interessenpolitik fortsetzen, ebenso Großbritannien. Es ist nicht zu erwarten, daß beide Länder einer politischen Union zustimmen werden, da dies nur möglich ist, wenn zentrale Souveränitätsrechte abgegeben werden. Ein Föderales Europa, wie es Kanzler Kohl vorschwebt, ist mit den meisten anderen europäischen Staaten nicht zu machen. Es ist auch anachronistisch. Da sich Kanzler Kohl von den »Vereinigten Staaten von Europa« verabschiedet hat, möchte der interessierte Zeitgenosse wissen, wohin die Reise geht. Sie darf nicht mit der Europäisierung an ihr Ende gelangen. Wie soll es also weitergehen? Eine Alternative wäre eine enge wirtschaftliche Kooperation unter den europäischen Nationalstaaten, die weiterhin die einzige realistische Bezugsgröße internationaler Politik darstellen. Die deutsche politische Klasse sollte sich zu einer am Nationalstaat orientierten offenen Politik bekennen, die jedem Nationalismus abhold sein muß, damit wären wir in Europa viel glaubwürdiger. Die Vereinigung Europas auf der Grundlage vernetzter Nationalstaaten wäre die zeitgemäße Antwort auf Charles de Gaulles Vision vom »Europa der Vaterländer«.

Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Gianni de Michelis, La veridique histoire du traite de Maastricht, in: LIMES, 1/96, S. 249–256.

<sup>2</sup> Frederick Forsyth, »Die D-Mark behalten«, in: Der Spiegel, Nr. 14/1997, S. 40f.

<sup>3</sup> Andrew Gimson, »Kohl ist ein Lügner«, in: Der Spiegel, Nr. 10/1997, S. 45.

<sup>4</sup> Günther Nenning, Strenge Nichteinhaltung. Tricks für eine virtuelle Währungsreform, in: Freitag vom 8. 11. 1996.

<sup>5</sup> Vgl. Peter Schneider, D-Mark oder Bismarck, in: Freitag vom 18. 4. 1997.

<sup>6</sup> Arnulf Baring, Aus dem Stabilbaukasten. Helmut Kohls Weg nach Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 2. 1997.

<sup>7</sup> Ders., Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, DVA, Stuttgart 1997, S. 253.